

Neur Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 M.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaminmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 80 mm breite Millimeterzeile im Restamtlet 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparlatze Nebra — Bankverein Merken.

Nr 75

Donnerstag, den 27. Juni 1929

42. Jahrgang

Vor der politischen Konferenz.

„Eine Gefälligkeitsfrage“

Paris, 25. Juni.

In französischen diplomatischen Kreisen erklärt man, die französische Regierung habe durch Vermittlung Briand's und Dr. Stresemann eine Gefälligkeitsfrage zu erwirken, als Tagungsort der politischen Konferenz Baden-Baden vorzuschlagen.

Sie werde aber auch keine Einwände dagegen erheben, daß die Konferenz in London stattfinden. Frankreich werde auf dieser Konferenz durch Außenminister Briand vertreten sein, in dessen Begleitung sich der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, befinden. Man ist in Paris der Ansicht, daß die Konferenz nicht mehr als zwei Wochen in Anspruch nehmen werde, da man in französischen Regierungskreisen die Garantie ausserhalb der Zuständigkeit dieser Konferenz betrachte. Man glaube daher, die Konferenz werde nur die Fragen prüfen, die sich auf die Klärung des Rheinlandes beziehen.

Amerika unverschieblicher Standpunkt.

In Washington begannen die Beziehungen zwischen den Sachverständigen der Pariser Tribunaalkonferenz und dem Weißen Haus. In Washingtoner Kreisen wird zu Pariser Verhandlungen erklärt, daß Amerika niemals einen Zusatz zu dem französischen Spaltenabkommen gutheißen werde, der in irgendeiner Form eine Verbindung mit der Tribunaalkonferenz herstelle.

Teilnahme Jugoslawiens?

Nach Mitteilungen aus Paris hatten der stellvertretende jugoslawische Außenminister Dr. Rumanudi und der Pariser jugoslawische Botschafter Dr. Spalajowitsch eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Pariser Außenministeriums, Berthelot, über die Kriegsentwicklungsfrage. Dr. Spalajowitsch habe nach dieser Unterredung erklärt, daß auch die jugoslawische Regierung auf der bevorstehenden politischen Konferenz vertreten sein werde.

Griechenland läßt sich benachteiligen.

Die griechische Regierung hat die Prüfung des Young-Planes noch nicht abgeschlossen. Nach Athener Meldungen wird aber in zuständigen Kreisen die Ansicht vertreten, daß der im Young-Plan Griechenland zugewiesene Anteil im Gegensatz zu dem, was Griechenland in seinen Forderungen ungenügend sei. Die Widerstände gegen eine Annahme seien daher sehr stark.

Das Sperrgesetz vor dem Reichstag.

In zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 25. Juni.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stand am Mittwoch die zweite Beratung des Sperrgesetzes für Reichs- und Provinzialverwaltungen über ältere staatliche Ämter. Der Ausschuh hat der Vorlage zugestimmt, aber eine Einschränkung darin beschlossen, daß Personen an Universitäten und sonstige Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Krankenhäusern, Waisenhäusern, Krankenhäusern oder ähnliche gemeinnützige Unternehmungen von der Regelung ausgenommen bleiben.

Reichsjustizminister Dr. G. u. e. a. r. d. b. e. t. o. m. e. erklärte sich am runde über diesen Vorstoß, der einen Aufwand von insgesamt 9 Millionen Mark erfordert. Davon entfallen etwas weniger als 2 Millionen auf Landesbehörden. Der Minister unterließ die Frage, ob das Gesetz verfassungsändernd ließe, und kam zu dem Ergebnis, daß das Sperrgesetz keine Verfassungsänderung darstelle.

Abgeordneter Dr. V. i. n. d. e. n. e. r. W. i. d. e. r. l. i. c. h. erklärte, es handle sich hier nicht nur um ein verfassungswidriges Gesetz, sondern um ein verfassungswidriges Gesetz, das die Deutschen abgeben würden.

Abgeordneter Dr. W. a. n. d. e. r. l. i. c. h. erklärte, im Gegensatz zum Minister hielten seine Freunde das Gesetz für verfassungsändernd.

Abgeordneter Dr. K. a. h. l. erklärte, der Entwurf der Aufstellung des Justizministers in der Frage der Verfassungsänderung entgegen.

Abgeordneter H. e. i. l. m. a. n. n. (Soz.) erklärte, der hier für den verfassungsändernden Charakter geführte Beweis sei nicht schlüssig.

Während der Rede des Abgeordneten Seilmann hatte Abgeordneter Dr. G. o. e. b. e. l. s. (Nat. Soz.) den Redner wiederholt durch Rufe „Barmaßnahme“ unterbrochen. Nach Schluß der Rede gingen einige Sozialdemokraten nach rechts hinüber in die Nähe der Reichstagskammer. Die Abgeordneten Dr. Fried und Dr. Goebbels (Nat. Soz.) riefen darauf laut: „Herr Präsident, wir werden hier bedroht!“ Von den Sozialdemokraten wurde erwidert: „Freigänge, die sich lächeln und dann Angst haben!“ Dr. Goebbels: „Sie verlassen sich auf Ihren Kräfte, aber wir nicht.“ Präsident Cöbe hat den Abgeordneten Dr. Goebbels wiederholt, endlich Rufe zu machen.

Abgeordneter M. a. s. l. o. w. i. t. s. k. i. (Komm.) verlangte, daß Schluß gemacht werde mit diesen unfruchtlichen Redensarten.

Abgeordneter Dr. B. r. e. d. i. (Soz.) betonte, daß man unmöglich aus einem verfassungsändernden Gesetz einfach durch die Streichung der Präambel ein verfassungsmäßiges machen könne. Dem völksparteilichen Antrag stimmte der Redner zu.

Abgeordneter Dr. L. a. b. e. (Volkrechtsp.) hielt das Gesetz ebenfalls für verfassungsändernd.

Nach weiterer Debatte erfolgte die Abstimmung. Der Paragraph 1 wurde angenommen. Zu Paragraph 2 wurde

der völksparteiliche Antrag abgelehnt, monach das Gesetz keine Anwendung finden soll auf Streitigkeiten, die vor Schiedsgerichten anhängig sind. Paragraph 2 wurde mit 197 zu 148 Stimmen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, dem Gesetz eine Einleitung zu geben, wurde die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit ausgeschlossen werden soll, wurde unter großer Teilnahme der Rechten mit 183 gegen 171 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Rechte, die Demokraten und einige Zentrumsluute. Die dritte Lesung wurde verlegt.

Stresemann erwidert.

Der Reichstag führte nach zwölfstündiger Aussprache in den späten Abendstunden des Montag die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes zu Ende. Der Haushalt wurde, ebenso wie die Haushalte der Kriegskosten und der besetzten Gebiete, in der Auswahlfassung genehmigt. Abgelehnt wurden deutschnationale Anträge auf amtlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage.

In der weiteren Aussprache nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann nochmals das Wort, um auf die vorher eingegangene Aussprache einzugehen.

Er betonte, daß Deutschland an dem Anspruch auf Selbstbestimmtheit in Kolonialgebieten unter eigener Verwaltung festhalte. Die Beschwerden über zu kostspielige Repräsentation unseres Auslandsdienstes gingen an der Tatsache vorbei, daß vielfach der Jüngling zur Repräsentation aus dem Willigkeitsgefühl erfolge. Die Garantie gehöre zur Anerkennung der Kriegskosten, ebenso wie die Rheinlandschluß, stelle man nicht jeden Außenminister als einen Menschen hin, der das Land gegen Naturkatastrophen zu Katastrophe führe, sondern man jage, daß zwar die Wege verschieden seien, daß aber die Wege zum Vaterlande alle eine. Er wünschte, daß auch in Deutschland ein solcher Verhältnis festließe. Es sei ebenfalls sehr erklärlicher Wille und sein sehr zu wünschen gewesen, alles zum Wohle des Vaterlandes zu tun.

Was die Andern sagen.

Die Pariser Presse veröffentlicht die Reichstagsrede Dr. Stresemanns im Wortlaut, nimmt aber noch nicht allgemeine Stellung dazu. Der „Petit Parisien“ erklärt, der Ton der Rede sei im allgemeinen sehr gemäßig. Das Blatt Cots, der „Figaro“, legt besonderen Nachdruck auf die Erklärung des Reichsaussenministers, daß niemand den Young-Plan für eine völlige Lösung halte und daß niemand seine Ausführung garantiere und erklärt dazu, in Deutschland spreche niemand mehr von einer endgültigen Lösung. Deutschland rechne vielmehr auf Macdonald, um sich in London für sich selbst erklären zu lassen. Ein „Echo de Paris“ meint weiterhin, die Versicherung Stresemanns, daß der Young-Plan die deutsche Generation nicht in höherem Maße als der Dawes-Plan auf unabhägbare Zeit verpllichte, müsse hervorgehoben werden. Stresemann wolle damit jagen, daß Deutschland in zehn Jahre keine Kraft und kein Ansehen zu erlöben haben werde, daß es die Überzeugung der unterliegenden Verpflichtungen verlangen könne.

In einem sehr ausführlichen Berliner Bericht der „Times“ wird die Rede Stresemanns kritisch untersucht und darauf hingewiesen, daß die Bemerkungen Dr. Stresemanns über die künftige Kontrolle widersprechend seien. In den 18 Monaten seit Räumung der ersten Rheinlande sei überdies nicht eine einzige Frage aufgetaucht, für deren Behandlung der Völkerverbund nicht ausreichen würde.

Die amerikanischen Blätter, die gegen jede Benachteiligung der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten sind, greifen unter Führung der „New York Times“ die Anspielung Stresemanns auf Amerika auf und sprechen davon, daß sich Deutschland auf die alliierte Seite treiben lasse. Die den Alliierten freundlich gestimmte Presse unter Führung der „New York Times“ behauptet sich eingehend mit der Auseinandersetzung zwischen Stresemann und den Deutschen, wobei sie völlig Stresemanns Partei ergreift.

Die „National Review“ schreibt, die Rede sei inoffensiv ausgezeichnet, als Stresemann mit offenen Karten gespielt habe. Nach dieser Rede sei es jedoch unmöglich, für die belgische und französische Regierung in die Rheinlandschließung unter den angebotenen Bedingungen von Herrn Stresemann einzutreten.

Amnestie für Elsaß-Lothringen.

Von Poincare selbst vorgeschlagen.

Paris, 25. Juni.

Der Ministerrat beschloß auf Vorschlag des Ministerspräsidenten Poincare, des Justizministers Barthou und des Ministers für öffentlichen Unterricht, Marraud, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die volle Amnestie für die in Elsaß und Lothringen wegen politischer Delikte Verurteilten vorschlägt.

Für die Begnadigung kommen die bis zum 22. Juni 1929 gegen die Artikel 86, 88 und 89 des Strafgesetzbuches begangenen Zuwanderungen in Frage, ferner die Gesetzesverletzungen der Beamten und diejenigen Personen, die den am 5. Juni 1928 veröffentlichten Appell an die Elässer und Lothrerer unterzeichnet haben.

Durch die beabsichtigte Amnestie werden die im Kolonialen Krieg verurteilten Autonomen Dr. Kiffin, Koffe, Froschauer und Schall begnadigt und die Unterzeichner des Heimatländemanifestes rehabilitiert, soweit sie ihrer Verantwortung verlustig gegangen waren.

Reden in Verdun.

Poincare, Doumergue und Maginot bei der Einweihung des Siegesdenkmals. Paris, 24. Juni.

In Verdun fand unter Beteiligung des Staatspräsidenten der Regierung, der Kammer und des diplomatischen Korps die Feier der Wiedereröffnung Verduns und die Enthüllung des Sieges- und Soldatendenkmals statt. Während des großen Festes erglitzten u. a. Ministerpräsident Poincare, Staatspräsident Doumergue und Kolonialminister Maginot das Wort.

Poincare unterließ dabei besonders die friedliche Bestimmung der lothringischen Bevölkerung, die nie einen blutigen Streit zwischen den Nachbarstaaten gewollt habe. Unter der Voraussetzung, daß alle Verträge geachtet und diese die Kriegsentwicklungen an Frankreich geachtet werden unter den Bedingungen, wie sie die französische Regierung angelegt und die internationale Schiedsrichterkonferenz festgelegt habe, würden sich die Franzosen zu Frieden erklären und in vorderster Linie für den Frieden und die allgemeine Eintracht arbeiten.

Auch der Präsident der Republik, Doumergue, wies in seiner Rede auf die leidenschaftliche Friedensliebe Frankreichs hin. Der Friede könne nur bestehen durch die völlige Lösung der Verträge und ein System von Sicherheit und Vorkehrungsmaßnahmen, die geeignet seien, Kriege unmöglich oder zum mindesten verderblich für den zu machen, der sie unternähme.

Nach dem Bankett fand die Einweihung des Siegesdenkmals statt, das auf dem Warisch-Perrin-Berg errichtet ist.

Wenn Reden und Taten immer im Einklang miteinander ständen, dann wäre manches besser in der Welt. Aber leider muß man auch hier wieder jagen: Taten be weisen, nicht Reden allein!

Um die Flottenaufrüstungs-Konferenz.

Amerika will nicht den ersten Schritt tun.

London, 24. Juni 1929.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ weist mit starkem Nachdruck auf die offenbar mit Uebereinstimmung mit dem amerikanischen Staatsdepartement darauf hin, daß ein neuer Schritt in der Flottenaufrüstungsfrage nicht von Amerika erwartet werden könne.

Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß sie nach der Genfer Flottenaufrüstungskonferenz nie bei späteren Gelegenheiten mehr gehen habe, als von ihr hätte erwartet werden können. Es sei nun an den anderen Mächten, ihrerseits die Frage vorwärts zu treiben. Auch die Übergabe des Textes der Rede General Dawes an die Konferenz Vorkämpfer dieser Mächte, bevor sie geschlossen wurde, sei als eine amerikanische Geste im gleichen Sinne anzufassen. Die amerikanische Regierung erwartet nunmehr Schritte der übrigen Mächte.

Die Schweriner Wahlen.

Wahlbeteiligung 80 bis 85 Prozent.

Schwerin, 24. Juni.

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin zum 6. Mecklenburgischen Landtag hatten bei einer Beteiligung von 80 bis 85 Prozent folgendes Gesamtergebnis:

Sozialdemokraten	117 805
Nationaler Block	136 427
Kommunisten	16 131
Meier	7 453
Demokraten	8 779
Nationalsozialisten	12 554
Bauernpartei	7 713
Volkswohlfahrt	7 453

Danach dürfen die Mandate etwa folgendermaßen verteilt werden:

Sozialdemokraten	20 (21)
Nationaler Block	23 (24)
Kommunisten	3 (3)
Meier	1 (2)
Demokraten	1 (2)
Nationalsozialisten	2 (—)
Bauernpartei	1 (—)
Volkswohlfahrt	1 (2)

Wutiger Zusammenstoß.

In der Nacht war es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Burgstraße in Schwerin zu einem schweren Zusammenstoß gekommen. Es entstand eine regelrechte Straßenkrawalle, die sich bis 1 Uhr nachts hinzog. Ein rechte Straßenpolizeibeamter wurde von den Kommunisten zu Boden gerissen und mit Stiefelspitzen und Faustschlägen mißhandelt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Sitzung des Reichseisenbahnrates.

Eine Rede des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 25. Juni.

Es fand eine Sitzung des Reichseisenbahnrates statt, auf der Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Egebergwald, dem Reichseisenbahnrat mit einer kurzen Rede begrüßte, in der er darauf hinwies, daß die Bedeutung der Eisenbahn in der nächsten Zeit besonders hervorzuheben werde, da es sich darum handele, die Organisation der Reichsbahn den Gegebenheiten der letzten Jahre entsprechend zu verbessern. Mit großer Genugtuung dürfe er in diesem Zusammenhang hervorheben, daß die ausländische Kontrolle bei der Reichsbahn jetzt wegfiel. In der Sache würde nach seinen Kräften dafür einzutreten, die erklärte Egebergwald weiter, die finanzielle Lage der Reichsbahn zu verbessern, damit sie in ihrer Tätigkeit den größten Nutzen an die Wirtschaft bringen könne. Die schwierigeren Verkehrsfragen, die sich aus dem Verhältnis der verschiedenen Verkehrsmittel untereinander ergäben, würden zuerst von einem besonderen, beim Reichsverkehrsminister gebildeten Ausschuss untersucht, an dessen Arbeiten er teilnehmen werde, damit sie in ihrer Tätigkeit den größten Nutzen an die Wirtschaft bringen könne. Die schwierigeren Verkehrsfragen, die sich aus dem Verhältnis der verschiedenen Verkehrsmittel untereinander ergäben, würden zuerst von einem besonderen, beim Reichsverkehrsminister gebildeten Ausschuss untersucht, an dessen Arbeiten er teilnehmen werde, damit sie in ihrer Tätigkeit den größten Nutzen an die Wirtschaft bringen könne.

London und Moskau.

Die Dominien verständig.

London, 25. Juni.

Ueber die geplante Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland berichtet die in enger Verbindung mit den Regierungskreisen stehende diplomatische Korrespondenz des „Daily Herald“, daß die englische Regierung sich bereit erklärt hat, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau wieder aufzunehmen.

Der Schritt ist in Übereinstimmung mit der von der Regierung Baldwin gegenüber den Regierungen der Dominien eingegangenen Verpflichtung, daß sie getragt werden sollten, wenn die Frage der Wiederaufnahme von Beziehungen zu Rußland dringlich werden sollte, erfolgt.

Ueber die geplante Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland.

Die in enger Verbindung mit den Regierungskreisen stehende diplomatische Korrespondenz des „Daily Herald“, daß die englische Regierung sich bereit erklärt hat, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau wieder aufzunehmen.

Der Schritt ist in Übereinstimmung mit der von der Regierung Baldwin gegenüber den Regierungen der Dominien eingegangenen Verpflichtung, daß sie getragt werden sollten, wenn die Frage der Wiederaufnahme von Beziehungen zu Rußland dringlich werden sollte, erfolgt.

Ruhrschiedspruch abgelehnt.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften.

Essen, 24. Juni.

Die Bergarbeiterverbände haben in den Revierkonferenzen zu dem am Donnerstag gefällten Schiedspruch über Mantelarbeit und Arbeitszeit im Ruhrbezogen Stellung genommen und übereinstimmend die Ablehnung des Schiedspruches beschlossen.

Die Entschädigung, die der Gewerkschaften stillgelegter Bergarbeiter in keiner außerordentlichen Generalversammlung in Essen anmahnte, lehnte die Gründe der ablehnenden Stellungnahme dahin zusammen, daß eine Verletzung der Arbeitszeit durch den Schiedsrichter nicht eingetreten ist, daß für die Stunde Mehrarbeit kein Zuschlag zu zahlen sei, daß eine Verletzung der tariflichen Bestimmungen über den Mindestlohn nicht erfolgt ist und daß auch die Tagesarbeiter keine Schiedsverurteilung erhalten hätten.

Der Zechenverband nimmt an.

Der Zechenverband hat — trotz schwerer Bedenken, wie es in seiner Erklärung heißt — den Schiedspruch über Mantelarbeit und Arbeitszeit im Ruhrbezogen angenommen. Der Entschluß des Zechenverbandes ist vor allem mit Rücksicht auf die Erhaltung des Arbeitsfriedens, der durch die Dauer der Abstimmung für längere Zeit gefährdet erscheinen, zurückzuführen.

Dr. Büniger sächsischer Ministerpräsident.

Dresden, 25. Juni.

Der bisherige Volksbildungsminister Dr. Büniger wurde zum sächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt.

Aus dem In- und Auslande.

Liquidationsgeschädigte und Young-Plan.

Berlin, 25. Juni. Die Arbeitsgemeinschaft für Liquidations- und Bewaltigungsgeschädigte hat ein neues innen- und außenpolitisches Sofortprogramm aufgestellt. Sie veranstaltet in Berlin am 30. Juni eine Kundgebung, zu der Presse, Reichsregierung und Reichstag geladen werden.

Aus dem Gemeindeforschung des Preussischen Landtages. Berlin, 25. Juni. Der Gemeindeforschung des Preussischen Landtages benutzte am Montag nach umfangreicher Aussprache über die Frage der Kompetenz-Kompetenz die erste Sitzung des weitausläufigen Gemeindeforschungsausschusses, um dem Senat den wichtigsten Bericht abzugeben und bereits früher aufgenommenen Vorschlägen über Danzigerische Wirtschaftsforderungen fortzusetzen.

Frankreich baut seine Flotte weiter aus. Paris, 25. Juni. Der französische Marineminister hat heute bei den Werften vonorient den Bauauftrag für Kanonenboote mit großem Aktionsradius gegeben. Die vier neuen französischen Kriegsschiffe gehören zum Bauabschnitt

1927/28 des Flottenprogramms und sollen folgende allgemeine Abmessungen haben: Länge 108 Meter, Breite 12,70 Meter, Verdrängung 2000 Tonnen, Leistung 40.000 PS (um leicht flufffähiger hinauffahren zu können), Geschwindigkeit 15,5 Knoten. Die Schiffe sind insbesondere für den Kolonialdienst bestimmt und sollen so eingerichtet sein, daß die Mannschaft das Tropenklima leicht ertragen kann.

Aus der Umgegend

Neuba, 27. Juni.

Kirchliches. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Gottesdienst am Freitag Abend schon 8.15 Uhr beginnt, nicht wie in der letzten Nr. angegeben 8 1/2 Uhr.

Gegen die Kriegsschuldfrage. Die auf Freitagabend angelegte allgemeine Kriegsschuldfrage gegen die im Verfall der Diktat veranfertete Kriegsschuldfrage sollte nach den ersten Vorbereitungen dazu im Schlichtungsausschuss vor sich gehen. Weitere Erwägungen haben jedoch dazu geführt, daß logisch im Anschluß an den Gottesdienst diese Kundgebung auf dem Marktplatz, am Domplatz stattfinden. Voraussetzung für diese neue Anordnung ist natürlich, daß das Wetter bei der Zeit. Bei unangünstiger Witterung wird man doch wieder auf den Schlichtungsausschuss zurückgreifen.

Sonntagsfahrräder ins Schwarzwald. Der Verkauf der Fahrkarten für die liberale wilde Sonderfahrt nach Saalfeld und dem Schwarzwald am kommenden Sonntag läßt leider noch zu wünschen übrig, wobei die Ursache besteht, daß die Fahrt eventuell wieder abgefragt werden muß. Dieser Festschlag würde natürlich dazu führen, daß die Verhände der Eisenbahn, auch bei Beobachtung unseres Falles die Berechnungen der billigen Sonderfahrten zu bieten, in Zukunft unterbleiben werden. Wenn man erwägt, wie ungünstige Beteiligung diese Veranstaltungen in anderen Gegenden finden, muß man sich bei der Mißerfolg eigentlich wundern. Ob der Witterungsumschlag die Schuld trägt oder die zahlreichen größeren Sommerfeste in unserer Gegend, läßt sich nicht ergründen. Wir geben aber trotzdem die Hoffnung noch nicht auf, daß die letzten Tage einen Ansturm auf unser Fahrkartenschalter bringen werden, damit der Zug, wenn auch nicht ausverkauft, doch gut besetzt wird. Wer einen billigen, dabei aber lohnenden Sonntagsausflug unternehmen will, der sollte diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorüber gehen lassen.

Bei dem Bezirksratsfest am vergangenen Sonntag in Bielebe konnten von den Teilnehmern unserer Stadt folgende Siege errungen werden:

- 4. Preis: Hajo Körting
- Sechstampfer der Jugend Jahrgang 1911/12:
- 3. Preis: Kurt Fiebig
- Sechstampfer der Jugend Jahrgang 1913/14:
- 4. Preis: Otto Wagemann
- 11. Preis: Herbert Weimer.
- Siebenkampfer der Turnvereine, Jahrg. 1911 und älter:
- 8. Preis: Frida Maertens
- Desgleichen, Jahrgang 1912 und jünger:
- 9. Preis: Erna Fuchs
- 14. Preis: Gertrud Böhmer und Helmut Brümmer
- 16. Preis: Effe Melcher und Halli Schröder

Allen Siegern ein fröhliches „Gut Heil“!

Nachwachen vom Turnfest stellen sich in unserer Nachbarschaft Bielebe ein. Nachdem man vor mit Recht der Meinung war, daß das schöne Fest in vollster Harmonie verlaufen und alle Gäste hochzufrieden über das Gelingen heimgekehrt sind, stand gestern in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu lesen: „Das erste in Bielebe abgehaltene 19. Bezirksturnfest des Arriener Turnbezirks hatte einen Flagenunfallfall zu verzeichnen. Man hatte u. a. eine Verletzung des Reichsfeldmarschalls angedeutet, die ihre Teilnahme davon abhängig machte, daß der „Stahlhelm“ nicht eingeladen werde. Die Einladung des „Stahlhelm“ unterließ denn auch. In dem Flagenunfallfall kam es nun dadurch, daß in den Morgenstunden des Sonntag die Reichsfeldmarschalls vom Rathaus der Stadt Bielebe „geholt“ wurde. Ob diese Stelle versuchen nun, diesen Vorfall mit dem konflikt Grundanordnung contra Stahlhelm in Verbindung zu bringen, und behaupten, daß die gewaltsame Entfernung der republikanischen Reichsfeldmarschalls aus dem städtischen Bereich ein Verstoß gegen die Einbindung des „Stahlhelm“ gewesen hat, weil die Mitglieder dieser Organisation reiflos in den anderen, am feste teilnehmenden Vereinen vertreten sind. Allerdings ist es Tatsache, daß eine Frage in neuen Reichsfeldmarschalls von dem alten deutschen Rathaus (also noch mit zwei H) in der Nacht verschwand, ist, ist es aber wieder herbeigeführt. Der Nachwächter beobachtete in der Nacht zum Dienstag einige junge Leute, die in heftiger Stimmung einen Gegenstand trugen, den sie, als sie den Hüter der Ordnung erblickten, so sich warfen und dann austriften. Der Wächter nahm den fortgeworfenen Gegenstand auf, ging damit in Kammer 8 „Haus zur Tanne“ und ließ da: er hatte die Republik gerettet, die Reichsfeldmarschalls war wieder da und konnte auf dem Rathaus abgeliefert werden. Neben ihm die bösen Worte entwichen. Also ein Donnerwettererfolg ist es gewesen, nichts anderes, der Stahlhelm hat damit gemacht zu tun. Die Welt kam zum Sonntag sein die Verletzung des Reichsfeldmarschalls und der Stahlhelm vertragen sich, wir Landbesitzer müssen den Frieden zu wahren, hoffen aber, daß die friedliche Einbindung aus von sensationistischen Gazetten nicht unnützlich verkannt wird.

Auf „alte Rechte“ glaubt die Schlichtung in Bielebe stehen zu dürfen. Ihre Wichtigkeit ist allerdings wenig nützlich, sie wird den Älteren stehen. In zwei Wochen soll in Bielebe Schlichtung sein, die Gilde hat sich bis bisher gewagt, zum sog. Einschließen den Schlichtungsausschuss zu betreten, weil — der Magistrat vor ihr für Benutzung des mit erheblichen finanziellen Mitteln ins Leben geführten Kugelfanges und der Schlichtung eine Unterwerfungsgeldbuße von sage und schreibe — um zwölf Mark pro Jahr fordert. Dafür soll die Gilde das volle Verwaltungsrecht für Schlichtung, Schlichtung und den großen Platz haben. Die Gilde zählt etwa 100 Mitglieder, es kommt also auf jedes Mitglied die nette Summe von 20 Pf.! Nun ist es allerdings richtig, daß ein Sommerfester Zeiten die Stadt Bielebe jedem Schlichter, der uninformiert am Schlichtungsausschuss teilnimmt, eine Einbindung zu 2 guten Groschen (50 Pf.), auch dem König eine Dotation gewährt hat; aber ebenso wie die Großmütter gefordert sind, sind auch die Tage der

guten alten Zeit vorüber, man hat die Bielebe abgemessen, das Zeitalter des Substitutions ist gekommen. Also lieben Schlichterbrüder von Bielebe, ihr werdet zuvor dem Magistrat Eurer Bielebe etwas „vorschießen“ müssen, bevor ihr Euch des Schlichterprivileg erfreuen dürft, und zwar nach, sonst kommt die Garnbacher Gilde und schnappt den schönen Platz weg. — Gut Nacht!

Die Barum-Girts. Es war ein langes Schlußbild und ein Barum-Training, das die Barum-Girts mitnahmen. Barum-Girts, Trillenschubler, Lesungen ad infinitum! — Unterlassen diese Scham morgenstlicher, junger Schönheit! — Graßhals, anmutig und hochförmlich sind sie in ihren Reifungen und wurden in Reife aus dem ersten Meisters von New York, London, Paris, Bielebe getrieben. So kommt zu den hervorragenden Leistungen und der eigenen Schönheit der Glanz und die Pracht der Kostüme. Traumbild schon schwebt die Barum-Girts entzückender Freuden herein und vollführt mit Schweiß und Schweiß geschmeidig und reizend die Tänze und Gerichte. Und jedes einzelne Jungmädchen gibt blühender Bild dieses her und träumt von Anerkennung, Glanz und Glück. Alltäglich nehmen die, außer Herz so leicht gewinnenden Barum-Girts den reichen, anerkannten Beifall mit großem Stolz zu empfangen. Täglich wird gelacht, um auf der Höhe der Kunst zu bleiben, auch vieles neu einfließt. So ist das Leben der Girts ein Leben der Arbeit, das den wohlverdienten Beifall erzielt. Selbstverständlich ist auch vor dem Auftritte auch Arbeit zu leisten, und es besteht auch eine strenge Hausordnung. Sirius Barum galiziert betamlich den 4. und 5. Platz in Cierfieren.

Verkauf von Haackfeld ist nur in Feuerzeiten erlaubt. Nach einer Holzgebirgsverwaltung des Herrn Regierungsrates zu Werfing vom 23. Mai 1929 darf Haackfeld (Schabfisch, Haackfelder) nur in genehmigten Abund, Schwem- und Wärfelgebieten auf Borsat hergestellt und in Bielebe und nur während der täglichen Hauptabgabzeiten zum Verkauf vorzeitig gehalten werden. 810 Hauptabgabzeiten gelten an den Wochenenden die Stunden von 8,30 bis 12,30 Uhr und von 16,20 und 18,30 Uhr.

Votendorf. Am kommenden Sonntag und Montag bezieht der Bergamannverein „Gild“ auf in Votendorf das Fest seines 25-jährigen Bestehens. Es wird aus diesem Anlaß nahezu die gesamte bergamännische Bevölkerung der Umgegend im Festorte zusammenkommen und einen Tag der Kameradschaft und Zusammengehörigkeit feiern. Bald nach Einzug des bergamännischen Betriebes in unser Tal fühlen die in demselben ihr Brot findenden Arbeiter das Bedürfnis, sich zu gegenseitiger Unterstützung in Notfällen zu organisieren und so entkanten Bergamannvereine in verschiedenen Ortschaften. Einer der ersten dieser Vereine war der in Votendorf. Durch Stilllegung einer Anzahl Schächte haben sich dem einige der Gläubiger-Vereine wieder aufgelöst, aber die in den noch in Betrieb gebliebenen Schächten der Gewerkschaft Haackfeld tätigen Knappen hatten fest an ihrer Organisation, die das Ziel verfolgte, einerseits die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zu fördern, andererseits aber auch den in schwerer und gefährlicher Arbeit tief unter der Erde tätigen Bergleuten zu einigen fröhlichen Zusammenkünften im Jahre zu dienen. Der letzte Zweck war und ist heute noch der nebenfachliche. Nur selten legen wir hier den Bergmann in seinem Ehrenfeld einsehender, ja man wird es kaum gewagt, daß wir eine zahlreiche bergamännische Bevölkerung unter uns haben, was von vergifteten Seiten bedauert wird, am kommenden Sonntag aber wird gewiß jede Uniform wieder einmal hervorgeholt und angezogen, jedoch aus ein demütiges Bild geboten wird. Selbstverständlich wird ganz Votendorf am dem Fest regten Anteil nehmen, alle inliegenden Vereine werden sich mit beteiligen, jedoch ein Volkstanz zu erwarten steht, wie wir dies bei ähnlichen Gelegenheiten anderer Vereine geschildert sind. Wir bringen dem Jubelverein die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentage und wünschen ihm schönsten Festworte am besten Tagen.

Gedlungen. In einem Unfall von Schwermut ging die 15-jährige Hilde Gaunter am Sonntag Abend gegen 6 Uhr in Richtung Bielebe zum Luftort und stürzte sich von der Höhe in die Fluten. Eine des Weges kommende Blumme aber was Mädchen im Wasser treiben, brachten es ans Ufer und zunächst nach Obdarsen, von wo aus sie in erschöpftem Zustande nach Gedlungen zurückgebracht wurde.

Passa. Schmerliche Folgen für die Familie des Schneidemeisters Mich. Schmidt von hier hat ein Unfall eines Grundbesitzer mit dem Motorrad gehabt. Am 9. Juni stürzte er zwischen Bielebe und Holsen, wobei er durch Glashelmsplitter der Schutzbrille erhebliche Verletzungen im Gesicht erlitt. In der Jenner Klinik, wo der Verletzte Hilfe gesucht hatte, ist er am Freitag vor. Woche an Mundarrtrampf gestorben.

Leimbach. Licht aus — Messer raus...! Zu einer schweren Messerfehde kam es hier in der Bielebeischen Wirtschaft. Zwei Steinhewer vom Chausseebau Mansfeld griffen den Polizeiführervertreter Julius aus Leimbach und den Polizeiführervertreter Ed. aus Mansfeld an. Wütend erlief das Licht und die Steinhewer den Mann Messer und Biergläser als Waffe. In ärztliche Behandlung mußten zwei Steinhewer und Fischer, der am Hals gemüht wurde und mehrere Messerstücke in Kopf und Rücken ergriff. Die Einbringung des Totals wurde stark behindert.

Naumburg. Vor dem Großen Schlichtergericht wurde in der letzten Sitzung u. a. ein Fall verhandelt, der eine in Bielebe hergegangene Erbstreit betraf. Die vor einiger Zeit beim Kaufmann Borgwardt sich aufhaltende Verwandte Maria Thiene aus Saubach vor angeklagt, letzterer nach und nach einen Betrag von mindestens 400 M. entwendet zu haben. Durch Günter von Waren, die mit ihrem Einkommen in feinerlei Verhältnis standen, hat sie sich verächtlich gemacht. Die Angeklagte gab in der Verhandlung die Einkünfte auch zu, doch behauptete sie, dazu ihre Ertragsmittel und Geschenke ihrer Tante verwendet zu haben. Das Gericht schenkte ihren Angaben aber keinen Glauben und verurteilte sie wegen Diebstahls zu 150 M. Geldstrafe, die in vierjährigjährigen Haft bis zu 15 M. bezahllen soll.

Kingelberg. Wärfelsteinbrüche in erstem Zustande hat die 31-jährige Landwirtin Frau Schum am Freitag vor. M. in Franzen ein Bad genommen und dabei der Tod durch Herz- oder Gehirnanfall gefunden. Ein ebenfalls zum Baden kommender Einwohner aus Schiefel fand die Frau unermöglicht im Wasser liegen und glaubte zunächst, daß sie braue, weil sie aber auf wiederholten Ruf keinerlei Bewegung machte, ging er näher und stellte fest, daß sie tot war. Die Frau hatte vor dem Betreten des Wassers an dem Felde Karaffen befeuchtet.

Reisdorf. Aus Furcht vor Strafe wollte sich ein 37-jähriger Knirps am dem Hausboden erhängen. Aber die Schlinge zog sich nicht am Halse, sondern am Kopf zu. Da es ein wenig schmerzhaft, rief der kleine Todesanbit um Hilfe und konnte dem Leben erhalten bleiben. Nun, da er weiß, wie noch das Sterben ist, wird er sich wohl in Zukunft überlegen.

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Jean Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparlasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 75

Donnerstag, den 27. Juni 1929

42. Jahrgang

Vor der politischen Konferenz.

„Eine Gefälligkeit für Dr. Stresemann.“

Paris, 25. Juni.

In französischen diplomatischen Kreisen erklärt man, die französische Regierung habe durch Vermittlung Brando und um Dr. Stresemann eine Gefälligkeit zu erwirken, als Tagungsort der politischen Konferenz Baden-Baden vorzuschlagen.

Sie werde aber auch keine Einwände dagegen erheben, daß die Konferenz in London stattfinden. Frankreich werde auf dieser Konferenz durch Außenminister Briand vertreten sein, in dessen Begleitung sich der Generalsekretär des französischen Außenamtes, Berthelot, befinden. Man ist in Paris der Ansicht, daß die Konferenz nicht mehr als zwei Wochen in Anspruch nehmen werde, da man in französischer Regierungstreuen die Saarfrage als außerhalb der Zuständigkeit dieser Konferenz betrachte. Man glaube daher, die Konferenz werde nur die Fragen prüfen, die sich auf die Klärung des Rheinlandes beziehen.

Amerikas unerwünschter Standpunkt.

In Washington begannen die Besprechungen zwischen den Sonderdelegierten der Pariser Konferenz und dem Weissen Haus. In Washingtoner Kreisen wird zu Paris mitgeteilt, daß Amerika niemals einen Zusatz zu dem französischen Schuldenabkommen gutheißen werde, der in irgendeiner Form eine Verbindung mit der Tributfrage herstelle.

Teilnahme Jugoslawiens?

Nach Blättermeldungen aus Paris hatten der hellvertrete jugoslawische Außenminister Dr. Rumanoff und der Pariser jugoslawische Gesandte Dr. Spalafontoff eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Pariser Außenministeriums, Berthelot, über die Kriegenschadensfrage. Dr. Spalafontoff habe nach dieser Unterredung erklärt, daß auch die jugoslawische Regierung auf der bevorstehenden politischen Konferenz vertreten sein werde.

Griechenland hilft sich benachteiligt.

Die griechische Regierung hat die Prüfung des Young-Planes noch nicht abgeschlossen. Nach Äthener Meldungen wird aber in zukünftigen Kreisen die Ansicht vertreten, daß der im Young-Plan Griechenland zugedachte Anteil im Vergleich zu der Behandlung anderer kleiner Staaten sehr ungünstig sei. Die Widerstände gegen eine Annahme seien daher sehr stark.

Das Sperrgesetz vor dem Reichstag.

In zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 25. Juni.

Auf der Tagesordnung des Reichstags fand am Mittwoch die zweite Beratung des Sperrgesetzes für Reichs- und Provinzialparlamente über ältere staatliche Renten. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt, aber eine Einschränkung dahin beschlossen, daß Renten an Universitäten und sonstige Unterrichtsinstitutionen, Krankenkassen und ähnliche gemeinnützige Unternehmungen von der Regelung ausgenommen bleiben.

Reichsjustizminister v. Guérard beantragte, es handle sich um rund 3000 ältere Renten, die im Alter von 60 bis 70 Jahren ausbezahlt werden. Er beantragte, es handle sich hier nicht nur um ein verfassungsänderndes, sondern um ein verfassungswidriges Gesetz, das die Deutschen in Anspruch nehmen würden.

Abgeordneter Dr. Wanderrich (DVP) erklärte, im Gegensatz zum Minister hielten seine Freunde das Gesetz für verfassungswidrig.

Abgeordneter Dr. Kaufmann (DVP) trat gleichfalls der Auffassung des Justizministers in der Frage der Verfassungsänderung entgegen.

Abgeordneter Heilmann (DVP) erklärte, der hier für den verfassungsändernden Charakter geführte Beweis sei nicht schlüssig.

Während der Rede des Abgeordneten Heilmann hatte Abgeordneter Dr. Goebbels (Natl.Soz.) den Redner wiederholt durch Rufe „Karmaschleier“ unterbrochen. Nach Schluß der Rede gingen einige Sozialdemokraten nach rechts hinüber in die Nähe der Nationalsozialisten. Die Abgeordneten Dr. Fried und Dr. Goebbels (Natl.Soz.) riefen darauf laut: „Herr Präsident, wir werden hier bedroht!“ Von den Sozialdemokraten wurde erwidert: „Freigelege, die erlischimpfen und dann Angst haben!“ Dr. Goebbels: „Sie verlassen sich auf Ihre Präbenden, der uns nicht schüchtern.“ Präsident Eise bei den Abgeordneten Dr. Goebbels wiederholt, endlich Ruhe zu machen.

Abgeordneter Maslowitz (Komm.) verlangte, daß Schluß gemacht werde mit diesen unfruchtlichen Redensarten.

Abgeordneter Dr. Bredt (DVP) betonte, daß man unmöglich aus einem verfassungsändernden Gesetz einfach durch die Streichung der Prämobil ein verfassungsmäßiges machen könne. Dem volksparteilichen Antrag stimmte der Redner zu.

Abgeordneter Dr. Dobe (Volkshaus) hielt das Gesetz ebenfalls für verfassungsändernd.

Nach weiterer Debatte erfolgte die Abstimmung. Der Paragraph 1 wurde angenommen. Zu Paragraph 2 wurde



Das ist ein xrite colorchecker CLASSIC. Es ist ein Werkzeug für die Farbkorrektur in der Druckerei. Es besteht aus 30 verschiedenen Farbfeldern, die zur Kalibrierung der Druckfarben verwendet werden. Die Beschriftung 'xrite colorchecker CLASSIC' ist oben links zu sehen.

Was die Andern sagen.

Die Pariser Presse veröffentlicht die Reichstagsrede Dr. Stresemanns im Wortlaut, nimmt aber noch nicht allgemein Stellung dazu. Der „Reit Parisien“ erklärt, der Ton der Rede sei im allgemeinen sehr gemäßigt gewesen. Das Blatt L'Echo, der „Figaro“, legt besonderen Nachdruck auf die Erklärung des Reichsaussenministers, daß niemand den Young-Plan für eine völlige Lösung halte und daß niemand seine Ausführung garantiere und erklärt dazu, in Deutschland spreche niemand mehr von einer endgültigen Lösung. Deutschland rechne vielmehr auf Macdonald, um sich in London für schuldig erklären zu lassen. „L'Echo de Paris“ meint weiterhin, die Versicherung Stresemanns, daß der Young-Plan die deutsche Generation nicht in höherem Maße als der Dawes-Plan auf unabsehbare Zeit verpländerte, mühe hervorzuheben. Stresemann wolle damit sagen, daß Deutschland in zehn Jahren seine Kraft und sein Ansehen so erhöht haben werde, daß es die Überwindung der unterzeichneten Verpflichtungen verlangen könne.

In einem sehr ausführlichen Berliner Bericht der „Times“ wird die Rede Stresemanns kritisch untersucht und darauf hingewiesen, daß die Bemerkungen Dr. Stresemanns über die künftige Kontrolle widersprechend seien hätten. In den 15 Monaten seit Klärung der ersten Rheinlandfrage sei überdies nicht eine einzige Frage aufgetaucht, für deren Behandlung der Völkerverbund nicht ausreichen würde.

Die amerikanischen Blätter, die gegen jede Benachteiligung der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten sind, greifen unter Führung der Wall Street für die Anpreisung Stresemanns auf Amerika auf und sprechen davon, daß sich Deutschland auf die alliierte Seite treiben lasse. Die den Alliierten freundlich gesinnte Presse unter Führung der „European Times“ beschäftigt sich eingehend mit der Auseinandersetzung zwischen Stresemann und den Deutschen, wobei sie völlig Stresemanns Partei ergreift.

Die „National Review“ schreibt, die Rede sei insofern ausgezeichnet, als Stresemann mit offenen Karten gesprochen habe. Nach dieser Rede sei es jedoch unmöglich, für die belgische und französische Regierung in die Rheinlandklärung unter den aufgestellten Bedingungen von Herrn Stresemann einzuwilligen.

Amnestie für Elsaß-Lothringen.

Von Poincaré selbst vorgeschlagen.

Paris, 25. Juni.

Der Ministerrat beschloß auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Poincaré, des Justizministers Barthou und des Ministers für öffentlichen Unterricht, Marraud, einen Dringlichkeitsantrag in der Kammer einzubringen, der die volle Amnestie für die in Elsaß und Lothringen wegen politischer Delikte Verurteilten vorschlägt.

Für die Begnadigung kommen die bis zum 22. Juni 1929 gegen die Artikel 86, 88 und 89 des Strafgesetzbuches begangenen Zuwiderhandlungen in Frage, ferner die Gesetzverletzungen der Beamten und diejenigen Personen, die den am 5. Juni 1926 veröffentlichten Appell an die Elsäßer und Lothrerer unterzeichnet haben.

Durch die beschlossene Amnestie werden die im Kolmarer Prozeß verurteilten Autonomen Dr. Ridlin, Koffel, Fasbender und Schall begnadigt und die Unterzeichner des Heimatbund-Manifestes rehabilitiert, soweit sie ihrer Besamtenkellen verlustig gegangen waren.

Reden in Verdun.

Poincaré, Doumergue und Maginot bei der Einweihung des Siegesdenkmals.

Paris, 24. Juni.

In Verdun fand unter Beteiligung des Staatspräsidenten der Regierung, der Kammer und des diplomatischen Korps die Feier der Wiedereröffnung Verduns und die Enthüllung des Sieges- und Soldatendenkmals statt. Während des großen Festessens erglänzte u. a. Ministerpräsident Poincaré, Staatspräsident Doumergue und Kolonialminister Maginot das Wort.

Poincaré unterstrich dabei besonders die friedliche Gestaltung der lothringischen Wiederherstellung, die nie einen blutigen Streit zwischen den Nachbarationen gewollt habe. Unter der Voraussetzung, daß alle Verträge geachtet und daß die Kriegenschadensabgaben an Frankreich gezahlt werden unter den Bedingungen, wie sie die französische Regierung angelegt und die internationale Sachverständigenkonferenz festgelegt habe, würden sich die Franzosen zu Frieden erklären und in vorüberer Linie für den Frieden und die allgemeine Eintracht arbeiten.

Auch der Präsident der Republik, Doumergue, wie in seiner Rede auf die lebensvollste Friedensliebe Frankreichs hin. Der Friede könne nur bestehen durch die völlige Lösung der Verträge und ein System von Sicherheit und Vorkehrungsmaßnahmen, die geeignet seien, Kriege unmöglich zu machen oder zum mindesten vererblich für den zu machen, der sie unternimmt.

Nach dem Bankett fand die Einweihung des Siegesdenkmals statt, das auf dem Marignan-Plateau errichtet ist.

Wenn Reden und Taten immer im Einklang miteinander händen, dann wäre manches besser in der Welt. Aber leider muß man auch hier wieder sagen: Taten besprechen, nicht Reden allein!

Um die Flottenabrüstungskonferenz.

Amerika will nicht den ersten Schritt tun.

London, 24. Juni 1929.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ weist mit starkem Nachdruck auf die offensichtliche Übereinkunft mit dem amerikanischen Staatsdepartement darauf hin, daß ein neuer Schritt in der Flottenabrüstungsfrage nicht von Amerika erwartet werden könne.

Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß sie nach der Genfer Flottenabrüstungskonferenz wie bei späteren Gelegenheiten mehr getan habe, als von ihr hätte erwartet werden können. Es sei nun an den anderen Mächten, ihrerseits die Frage vorwärts zu treiben. Auch die Überlegung des Textes der Rede General Dawes an die Londoner Vollversammlung dieser Mächte, bevor sie gefaßt wurde, sei als eine amerikanische Geste im gleichen Sinne anzusehen. Die amerikanische Regierung erwartet nunmehr Schritte der übrigen Mächte.

Die Schweriner Wahlen.

Wahlbeteiligung 80 bis 85 Prozent.

Schwerin, 24. Juni.

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin zum 6. Mecklenburgischen Landtag hatten bei einer Beteiligung von 80 bis 85 Prozent folgendes Gesamtergebnis:

Sozialdemokraten	117 805
Nationaler Block	136 427
Kommunisten	16 131
Nieter	7 453
Demokraten	8 779
Nationalsozialisten	12 554
Bauernpartei	7 713
Volkswohlfahrt	7 453

Danach dürften die Mandate etwa folgendermaßen verteilt werden:

Sozialdemokraten	20 (21)
Nationaler Block	23 (24)
Kommunisten	3 (3)
Nieter	1 (2)
Demokraten	1 (1)
Nationalsozialisten	2 (—)
Bauernpartei	1 (—)
Volkswohlfahrt	1 (2)

Wäutiger Zusammenstoß.

In der Nacht war es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Burgstraße in Schwerin zu einem schweren Zusammenstoß gekommen. Es entstand eine regelrechte Straßenschlacht, die sich bis 1 Uhr nachts hinzog. Ein Schutzpolizeibeamter wurde von den Kommunisten zu Boden geschrien und mit Stiefelspitzen und Fausthieben schwer mißhandelt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.